

Der Landrat erteilte dem Antragsteller das Wort.

KTM Waldästl machte deutlich, dass es in dem Antrag nicht um einen Bürger:innen-Entscheid nach der Kreis-oder Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens, sondern um eine freiwillige Bürger:innen-Befragung gehe.

Diese Befragung solle durchgeführt werden, wenn geklärt sei, welche der derzeitigen 12 Varianten die Vorzugsvariante wird.

Da die Variantenführung durch die Bundesautobahn GmbH eventuell noch in diesem Herbst vorgelegt werde, könnte eine solche Bürger:innen-Befragung zur kommenden Landtagswahl am 15.02.2022 durchgeführt werden.

Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion brauche man ein starkes Votum aus der Bevölkerung wie man sich zu der Variantenführung positionieren solle.

KTM Waldästl sehe hier die Chance das die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in den Wahlprogrammen stehe, sondern tatsächlich gelebt werden könne.

Hier könne eine Bürger:innen-Befragung zu einem zentralen Infrastrukturprojekt der nächsten 20 bis 30 Jahre initiiert werden.

Ein solches Projekt dürfe nicht gegen die Interessen der Bürger:innenschaft umgesetzt werden.

KTM Waldastl warb daher dafür, ein Stück Demokratie zu wagen und eine Bürger:innen-Beteiligung heute auf den Weg zu bringen.

KTM Kitz wies darauf hin, dass der Rhein-Sieg-Kreis in dieser Angelegenheit keine Entscheidungskompetenz habe.

Diese Angelegenheit liege in der Entscheidung des Deutschen Bundestages.

Zu einem späteren Zeitpunkt lege das Bundesverkehrsministeriums von den 12 Varianten zusammen mit der Autobahn GmbH eine Vorzugsvariante fest.

Danach wäre es wieder die Entscheidung des Deutschen Bundestages, ob man diese Vorzugsvariante umsetze.

Zudem sei fraglich, ob die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise aus Eitorf oder Rheinbach Interesse hätten, sich für oder gegen eine ganz bestimmte Variante zu entscheiden.

KTM Kitz führte aus er habe den Eindruck, dass ein großer Aufwand betrieben werden solle, um parteiintern unterschiedliche Positionen innerhalb der SPD Rhein-Sieg aufzulösen.

Der Rhein-Sieg-Kreis könne nicht an einer Stelle Demokratie wagen wo er keine Entscheidungsbefugnis habe.

KTM H. Becker erläuterte, dass der Rhein-Sieg-Kreis als Verfahrensbeteiligter nicht zuständig sei.

Zudem sei fraglich, wer der richtige Ansprechpartner sei, um die Thematik mit der Rheinspange zu klären. Zum einen gäbe es die diejenigen, die das großräumige Netz nutzen und erweitert haben wollen mit allen Problemen die eine Erweiterung mit sich bringen und es gäbe die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus den betroffenen Bereichen.

KTM Becker verwies zu diesem Thema noch auf parteiinterne unterschiedliche Auffassungen innerhalb der SPD Rhein-Sieg, was hier zu einem parteiinternen Dilemma geführt habe.

Eine Bürger:innen-Befragung binde den Kreistag nicht bei der Entscheidung über eine eigene Stellungnahme im gesamten Verfahren als betroffene Gebietskörperschaft und wäre somit entbehrlich.

KTM Dr. Fleck merkte an, dass er den gestellten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion befürworten werde.

Direkte Demokratie müsse aus seiner Sicht gelebt werden. Zudem würden beispielsweise auch Eitorfer oder Windecker Bürgerinnen und Bürger die Strecke nutzen. Daher müssten bei der Bürger:innen-Befragung nicht alle unmittelbar betroffen sein.

Er sehe keinen Aufwand darin, eine Bürger:innen-Befragung bei der Landtagswahl durchzuführen.

KTM Koch teilte mit, dass aus seiner Sicht eine Bürger:innen-Befragung das falsche Werkzeug sei.

Es gebe bereits eine gut ausgearbeitete Form der Bürgerbeteiligung. Die Bürgerinnen und Bürger können sich bereits gut einbringen und es finden zahlreiche Veranstaltungen statt.

Daher werde die FDP-Fraktion diesen Antrag ablehnen.

KTM Waldästl äußerte sein Unverständnis darüber, dass bei den Betroffenen immer nur von Bürgerinnen und Bürgern aus Niederkassel und Bornheim gesprochen werde. Wenn man sich die Streckenführung anschau, dann sei u.a. Troisdorf, Meckenheim und Swisttal ebenfalls davon betroffen.

Weiter bezog sich KTM Waldästl auf das genannte Beispiel Eitorf und Windeck und gab an, dass auch Handwerkerinnen und Handwerker aus diesen Kommunen an dieser Stelle den Rhein überqueren würden. Auch Güter und Dienstleistungen würden aus dem gesamten Kreisgebiet über diese Strecke transportiert. Daher sei das keine Fragestellung die solitär in Niederkassel oder Bornheim entschieden werden könne.

KTM Waldästl fügte an, dass man somit den gesamten Rhein-Sieg-Kreis im Blick haben müsse. Wenn man die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ernst nehme, dann müsse man eine solche freiwillige Bürger:innen-Entscheidung durchführen. Falls aus der Bürger:innen-Befragung ein eindeutiges Votum hervorgehe, müsse das auch ernst genommen werden und dann würde das auch von der neuen Koalition aus Berlin ernst genommen.

KTM H. Becker gab an, es sei die Fragestellung, ob die Netzentlastung und die schnelle Verbindung wichtig sei, oder ob eine Bahnverbindung wichtiger sei. Oder ob es wichtiger sei die Natur zu erhalten und in Zeiten der Co2-Reduzierung auf einen Bau zu verzichten. Dies seien die Punkte an denen sich auch die Fraktionen in Berlin orientieren würden und anhand dieser Orientierungspunkte sich eine Entscheidung ableiten lasse.

Aber eine Abstimmung in einem Teilgebiet des gesamten betroffenen Bereiches sei für die Entscheidungsträger keine Grundlage für die zu fällende Entscheidung.

KTM Kemper gab im Hinblick auf den Zeitpunkt der Bürger:innen-Befragung zu bedenken, sofern der Landeswahlleiter dieser Befragung nicht zustimmen sollte, werde die Beteiligung an einer solchen Befragung zu einem späteren Zeitpunkt relativ niedrig ausfallen.

In diesem Fall würden die wenigen Bürgerinnen und Bürger, die an der Befragung teilnehmen und die dann auch aus nicht betroffenen Gebieten kommen könnten, dies verbindlich für den Rhein-Sieg-Kreis entscheiden. Dies sei aus Sicht der LINKEN-Kreistagsfraktion nicht demokratisch.